

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 604 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 312 A

BERLIN • Donnerstag, den 2. Februar 1933

2. JAHRGANG

Offensive gegen Arbeiterschaft im Gange.

Rpt. Das Klassengesicht der neuen deutschen Regierung ist, nachdem sich die Rauchsquadren der Fackelzüge verzogen haben, so deutlich, daß die Enttäuschung bei manchen nationalsozialistischen Schwärmern wohl schon jetzt einsetzen sollte. Die „nationale Konzentration“ zeigt sich unzweideutig als eine Konzentration der kapitalistischen Kräfte gegen das arbeitende Volk, nach nationalsozialistischer Terminologie: der Raffenden gegen die Schaffenden.

Das wird soeben an drei Stellen besonders deutlich.

1. Die sozialpolitische Reaktion.

Das Reichsarbeitsministerium wird wieder einmal umorganisiert. Die Papen-Regierung hatte die Abteilung für Siedlung aus diesem Ministerium herausgenommen und dem Reichsernährungsministerium angegliedert, um so eine weitere Sicherung gegen die Siedlung zu schaffen. Im Beamtenschaftskörper des Reichsarbeitsministeriums herrscht eine so stark „sozialpolitische“ Luft, als daß man das Ministerium in der alten Form bestehen lassen dürfte, wenn man einen reaktionären Kurs einschlagen will. Und das will man! Die Kapitalisten trauen es offenbar Herrn Seldte nicht zu, seinen Beamten statt des sozialpolitischen einen Kasernenhof-Ton beizubringen.

Darum wird voraussichtlich die Abteilung III, in der Lohnpolitik, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bearbeitet werden, aus dem Ministerium herausgenommen. Herr Seldte findet offenbar selber, daß diese Fragen nicht in sein Arbeitsministerium hineingehören; denn er erklärte bereits bei der Uebernahme seines Amtes, das Arbeitsministerium werde von allen Aufgaben entlastet werden, die ihrem Wesen (!) nach mehr zum Reichswirtschaftsministerium gehörten.

Ursprünglich bestand offenbar die Absicht, das derzeitige Reichsarbeitsministerium zwischen Seldte und Hugenberg irgendwie aufzuteilen. Neuerdings spricht man von dem Plan, eine besondere „Reichsstelle für Arbeitsrecht“ zu errichten, die wohl als eine

Reichsstelle für Abbau des Arbeitsrechts

gedacht ist. Als Leiter dieser Stelle wird Dr. Goerdeler, der Oberbürgermeister von Leipzig, genannt. Er hat diese Nachricht allerdings für seine Person inzwischen dementiert; er wäre für den Posten aber gewiß sehr geeignet: während er Reichskommissar für Preisabbau war, wurden die Preise aufgebaut; warum sollte er nun nicht einmal umgekehrt verfahren und unter der Firma: Reichsstelle für Arbeitsrecht das Arbeitsrecht abbauen?

Bei der ins Auge gefaßten Umorganisation würde Herrn Seldte vor allem verbleiben: Arbeitsdienst und Jugendertüchtigung. Da ist er sicher in seinem „Stahlhelm“-Element.

Welcher Wind weht, ergibt sich auch deutlich daraus, daß eine der ersten Amtshandlungen Seldtes war, dem Staatssekretär Grieser, einem Gegner des völligen Abbaus der Sozialpolitik, mitteilen zu lassen, er wüßte seinen Rücktritt. Als Nachfolger Griesers wird übrigens der Syndikus Dr. Brauweller von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände genannt. Das ist also wirklich ein Mann mit Erfahrungen auf dem Gebiet, auf das es den heutigen Machthabern ankommt!

2. Die agrarpolitische Reaktion.

Herr Hugenberg, der Inhaber des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsernährungsministeriums, wird seinen Amtssitz voraussichtlich im Reichsernährungsministerium aufschlagen. Man darf also wohl schließen:

Hugenberg wird sich zunächst unter dem Motto: „Sicherung der Ernährung“ der Sicherung der Großagrarier widmen.

Daran wird ihn kaum hindern, daß der Pg. Willikens, einer der Präsidenten des Reichslandbundes, voraussichtlich als Staatssekretär ins preußische Landwirtschaftsministerium einzieht. Zwischen Hugenberg und ihm wird sich wohl eine Art Arbeitsteilung einstellen: Der eine wird zu Gunsten von Bauern und Siedlung schwätzen, der andere wird zu Gunsten der Großagrarier handeln.

Herr Willikens hat vor einiger Zeit in einer Broschüre sein agrarpolitisches Glaubensbekenntnis abgelegt: Durch deutsches Bodenrecht und Siedlung zum Nationalsozialismus, durch Ernährung auf eigener Scholle zum Nationalismus. Er fordert die entschädigungslose Enteignung aller galizischen Kriegs-, Inflations- und Deflationsgewinnler, die hunderttausende Hektar deutschen Bauernlandes an sich gerafft haben (wo??), ferner

Und was tun die Arbeiter-Strategen?

Hk. Die Rechtspresse berichtet aus vielen Orten über Versuche der KPD

durch Flugblattpropaganda oder direkte Aktionen (Aufbau von Hindernissen auf Straßenbahnschienen z. B.) eine Streikbewegung gegen die Hitler-Regierung in Gang zu bringen. Wie weit ist die Entfesselung von Streiks gelungen? Die „Rote Fahne“ vom Mittwoch zieht folgende Bilanz:

1. Im Hamburger Hafen „großer Teilstreik“;
2. Streiks in fünf Berliner Müllabfuhrdepots;
3. Streiks auf „den“ Arbeitsstellen der Afu-Arbeiter (städtische Notstandsarbeiter);
4. anderthalbstündiger Proteststreik bei der Brauerei Groterjahn (Berlin);
5. „In Heidelberg sind die zwei größten städtischen Werke und mehrere Notstandsbetriebe in den Streik getreten“;
6. in Mannheim Streik bei der Metallhütte Danneberg;
7. in Pirmasens Streik bei der Schuhfabrik Koch.

Das ist als Ergebnis einer kommunistischen Aktion im Reichsmaßstab,

einer Aktion, die die Antwort auf die Bildung einer Hitler-Regierung darstellt, überaus kläglich, und

es ist um so höher zu bewerten, daß trotz der traurigen Politik, die in der deutschen Arbeiterbewegung getrieben wird, Arbeiter den Kampfesmut aufbringen, die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen.

Was würde eine Politik zu Wege bringen, die die verstopften Schleusen der brachliegenden Kampfkraft aufreißen würde!

Die SPD

hat am Dienstag in einer Sitzung des Parteiausschusses und des Parteivorstandes die politische Lage erörtert. „Was tut ihr darüber (über den Mißtrauensantrag) hinaus, welche Aktionen wollt ihr einleiten, zu welchem Ziele sollen sie führen?“ Diese Frage werde an die SPD gerichtet, sagte Breitscheid. Seine Antwort:

„Wir wiederholen, daß wir uns die Taktik nicht von unserem Gegner vorschreiben lassen... Wir alle haben den Wunsch, in diesem Kampfe in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ist in einen neuen Abschnitt getreten.“

Unser aller Wunsch wäre, daß damit auch ein neuer Abschnitt in unserem Verhältnis zur kommunistischen Partei beginnen könnte.

Ob das möglich ist, hängt jedoch vom Verhalten der Kommunisten ab... Wenn die jetzige Karte in dem Spiel der Reaktion nicht sticht, dann kann nichts anders kommen als eine Situation, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. Für diese Entscheidungsstunde gilt es, die Kräfte des arbeitenden Volkes zu sammeln...“

Breitscheid glaubt also, noch warten zu können auf den Augenblick, daß „die jetzige Karte in dem Spiel der Reaktion nicht sticht“.

Der Bundesausschuß des ADGB

hat ebenfalls am Dienstag über die politische Lage beraten. Leipart teilte mit, daß die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen noch am Sonnabend und Montag (!) versucht hätten, zu Hindenburg vorzudringen, um ihm (!) ihre Forderungen vorzubringen. „Leider vergeblich.“ Leipart

— und nun wird es, wenigstens den Worten nach peinlich! — auch aller derjenigen, die das ihnen anvertraute höchste Volksgut durch Lotterwirtschaft seiner Bestimmung, das Volk zu ernähren, entzogen hätten. — Wir sind überzeugt, Herr Willikens wird sich weder als Agrarbolshewist gegenüber den Freunden des Herrn Hugenberg erweisen, noch in bezug auf die Lohnpolitik auf dem Lande, obwohl hier seine Hauptforderung lautet: Gleicher Reallohn für den Landarbeiter wie für den Industriearbeiter! — Diese Kostproben aus seinem Programmgeschwätz zeigen wohl, wie sich die Arbeitsteilung zwischen ihm und dem wirtschaftspolitischen Chef der Regierung, Hugenberg, vollziehen wird.

stellte fest, daß die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministeriums Hugenbergs keinen Zweifel lasse, wohin der Kurs des neuen Kabinetts gehe.

In der Aussprache im Bundesausschuß wurde eine unmittelbare Aktion gegen die sozialreaktionäre Regierung als „sachlich falsch“ abgelehnt. Zuversichtlich wurde auf die reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft hingewiesen, die „schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde“.

Der Bericht über die Bundesausschußsitzung sagt nicht, weshalb und unter welchen Umständen eine unmittelbare gewerkschaftliche Aktion gegen eine sozialreaktionäre Regierung „sachlich falsch“ sein soll. Sicher nicht unter allen Umständen! Gegen die Regierung Kapp haben die Gewerkschaften mit Erfolg eine unmittelbare Aktion unternommen. Hat der ADGB sich konkret überlegt, unter welchen Umständen er den Zeitpunkt für eine so umfassende Abwehr wieder gekommen sieht? Wie werden sich die Gewerkschaften stellen, wenn Hugenberg das Tarifrecht besetzt? Die Tagung des Bundesausschusses hat darauf keine Antwort gegeben.

Die Arbeit für die großzügige Organisation der Einheitsfront, für den einfachsten Schritt von der Welt: eine Besprechung der Partei- und Gewerkschaftsleitungen über die Abwehrmaßnahmen, die zu treffen sind, und über den Zeitpunkt, zu dem sie zu treffen sind —

die Arbeit für diesen einfachen Akt politischer Vernunft bleibt auf den einfachen Genossen hängen.

Sie sind nicht gehemmt durch die Prestigerücksichten, die die „Führer“ hindern, aber trotzdem unterbindet eine gefährliche Passivität den Sturm der Genossen, die von den Führern — und zwar jeder von seinen — die organisatorischen Schritte zur Einheitsfront verlangen.

Worauf vertraut Ihr denn, Genossen? Darauf, daß „die Ereignisse des 30. Januar die Einheitsfront in Deutschland schaffen werden“ — wie es der Moskauer Sender am Dienstag verkündete? Darauf hat auch der Führer der italienischen Kommunisten vor Mussolinis Machtergreifung seine — mit Recht — enttäuschte Hoffnung gesetzt!

Als Material für die Arbeit der einzelnen Genossen in ihren Organisationen wollen wir festhalten,

was an Regungen der Vernunft in den letzten Tagen bei den Zentralen der großen Parteien sichtbar geworden ist:

1. Das Flugblatt der KPD vom Montag richtete seinen bekannten Aufruf (dessen Wiedergabe eine Beschlagnahme der Zeitung nach sich ziehen würde) nicht nur an die „gesamte proletarische Öffentlichkeit“, sondern vor allem „an den ADGB, den AFA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften“. Einen Tag zuvor noch ging die Aufforderung der Kommunisten lediglich an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter und „ihre unteren Organisationen“. Indem die KP unter dem Druck der Gefahr ihr Wort an die Leitungen der Gewerkschaften und der SPD richtete, hat sie die Haltlosigkeit des Einwands zugegeben, den sie leider ihren Arbeitern in tausend Artikeln eingetrichtert hat: mit Severing und deswegen mit der Gesamtorganisation der SPD sei keine Einheitsfront möglich.

2. Breitscheid hat sich ebenfalls nicht nur an die kommunistischen Arbeiter gewandt, sondern den „Wunsch“ angemeldet, das Verhältnis der SP zur kommunistischen Partei (zu der ja das ZK immer noch gehört) in Ordnung zu bringen. Beide Führungen wissen also, was geschehen sollte. Sie müssen genötigt werden, es zu tun!

3. Vorbereitung der Inflation.

Herr Fricke hat sich beeilt, zu versichern, daß die Regierung Experimente währungspolitischer Art nicht beabsichtige. Versteht Herr Fricke auch die Einführung einer Binnenmark, den Druck von Feder-Geld unter „währungspolitischen Experimenten“? Daß die hohen Herren an der heutigen Währungspolitik etwas ändern wollen, ergibt sich sehr deutlich aus der verklausulierten Erklärung Fricke's, daß ein Wechsel in der Leitung der Reichsbank im Augenblick nicht aktuell sei.

Schacht gilt allgemein als Kandidat der nationalen Konzentration gegen die Arbeiterschaft für den Posten des

Reichsbankpräsidenten. Wie behauptet wird, hat man ihm das Reichsfinanzministerium angeboten, und er hat es abgelehnt, doch wohl nur, weil er in sein altes Amt zurückwill. Vorläufig sitzt aber dort noch Herr Luther! Nach den Ministerstürzern sind nun die Stürzer des Reichsbankpräsidenten am Werk.

Der Rücktritt Luthers wird von der „Deutschen Zeitung“ mit folgender Begründung gefordert: Luther sei der Mann des hoffentlich überwundenen November-Deutschlands, er sei der Mann der Goldwährung und der internationalen Währungsverbundenheit. Die zweite und dritte Behauptung sind richtig; die erste Behauptung ist aber gegenüber diesem Urbild des Kapitalisten nichts als blödes Agitationsgeschwätz.

Luther ist keineswegs unser Gesinnungsgenosse. Trotzdem muß die Arbeiterschaft wünschen, daß er fest bleibt und sich nicht von seinem Posten verdrängen läßt (eine einfache Entlassung ist nicht möglich). Denn Luther ist tatsächlich, wie das Schleicher einmal ausgedrückt hat, der Gralshüter der Währung.

Luther stürzen, heißt: Inflation vorbereiten. Die Inflation aber ist diejenige Methode, mit der sich am einfachsten gleichzeitig die Interessen der Schwer-

industriellen und Großagrarien befriedigen lassen; beide würden ihre Schuldenlast mehr oder weniger los, bei beiden würden die Lohnaufwendungen, real gesehen, sinken.

Die Kapitalisten befinden sich in einer so schwierigen Lage, daß das Mittel der Inflation ihnen als verlockender Ausweg erscheinen muß. Er wird ihnen um so eher gangbar erscheinen, als die Wirtschaftssachverständigen Hitlers in der öffentlichen Meinung ja gut vorgearbeitet haben.

Keine Kompromisse!

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bezeichnet es als den Grundirrtum des „sozialen Generals“, daß er glaubte, er könne ohne feste Grundsätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf „praktische“ Weise regieren. Sie gibt der neuen Regierung eindeutig die wirtschaftspolitische Parole:

„Den Ausweg des Kompromisses kann sich das deutsche Volk auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht mehr leisten.“

Wir sind überzeugt: Die neuen Herren in den Ministerien werden nach diesem Grundsatz handeln, solange, bis ihnen die Arbeiterschaft das Handwerk legt, bis die Arbeiterschaft einmal ihrerseits nach demselben Grundsatz handelt.

Kriegsachtung und Kriegsüchtung.

H. M. Am 2. Februar tritt in Genf der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wieder zusammen. Wir wollen zur Wiedereröffnung der Verhandlungen nicht die verschiedenen Pläne noch einmal erörtern, die demnächst bei der Abrüstungskonferenz zur Verhandlung stehen werden, sondern wir wollen einige Zahlen darüber bringen, was die Großmächte mit diesen Plänen zu verteidigen trachten; denn hierum geht es den meisten der in der Abrüstungskonferenz vertretenen 64 Staaten.

Es gibt auf der Welt ungefähr 7 Millionen Soldaten „unter den Fahnen“. Außerdem gibt es 85 bis 40 Millionen ausgebildete Soldaten, die im Kriegsfall mobilisiert werden können.

Abgesehen von Handwaffen gibt es

1 Million Maschinengewehre (auf etwa 2000 Menschen auf der Welt kommt also ein Maschinengewehr!).

34 000 Kanonen,
10 000 schwere Geschütze,
20 000 Kampfflugzeuge,
etwa 7 000 Tanks.

Aus der Materialreserve der Armeen kann ungefähr die gleiche Menge Waffen hergestellt werden.

Rechnet man außer den direkten Ausgaben für die Wehrmacht noch die Abzahlung des Weltkrieges (Kriegsschulden, Pensionen u. s. w.) ein, ferner die direkten Rüstungsausgaben, wie Subventionierung der Kriegsindustrien, Bau strategischer Bahnen, Straßen und Häfen,

so übersteigt das „Konto Krieg“ in allen Großstaaten — außer der Sowjetunion — die Hälfte der Staatsausgaben.

In den meisten Großstaaten beträgt dieses Konto 50 bis 70 Prozent der Staatsausgaben, auch in Deutschland. Von jedem Steuergroschen der Arbeiter werden also bestenfalls 3 bis 5 Pfennige für die sogenannte Volkswohlfahrt ausgegeben, davon wieder nur ein kleiner Teil im Interesse der Arbeiter. Beseitigt man das „Konto Krieg“ auf diese Art, so gibt es der Summe nach — Deutschland mehr für Rüstungen aus, als das ob seiner Militarisierung so verschriene Polen!

(Die genannten Zahlen sind Angaben Otto Lehmann-Rußbüldes.)

Die Gesamttonnage der Kriegsflotten betrug Ende 1931 (in Klammern die Zahlen für 1913):

Großbritannien	1 275 000	(2 222 000)
USA	1 308 000	(844 000)
Japan	714 000	(538 000)
Frankreich	527 000	(689 000)
Italien	400 000	(348 000)
Sowjetunion	166 000	(340 000)
Deutschland	151 000	(1 034 000)

Die Zahlen zeugen nicht von „Kriegsüchtung“, die die meisten Staaten im Kellogg-Pakt feierlich erklärt haben. Wenn uns darum die Reden, die über Abrüstung und Frieden im Laufe der vergangenen Jahre von den Diplomaten gehalten worden sind und ab Donnerstag wieder in Genf zu hören sein werden, zumeist eigentlich nur insofern etwas angehen, als sie uns Hinweise auf die jeweilige Größe der Gefahr eines neuen Ausbrechens der Kriegsbestie geben, so wollen wir, als Feinde des blutigen Imperialismus, uns einmal die Sprache solcher Menschen anhören, für die die Achtung des Krieges nicht nur eine Maske räuberischer Eroberungspolitik, sondern ein Ausdruck ihrer Bildung ist. Schon vor mehr als zwei Jahrhunderten und immer wieder seit dieser Zeit ist der Kampf gegen das Wettrüsten und die dadurch entstehende Kriegsgefahr geführt worden, den auch wir heute zu führen gezwungen sind.

Gleich den Tartaren.

„Eine neue Krankheit hat sich in Europa verbreitet; sie hat unsere Fürsten ergriffen und läßt sie eine unverhältnismäßige Zahl von Truppen unterhalten. Sie hat ihre verstärkten Anfälle und wirkt notwendig ansteckend. Denn sobald ein Staat, was er seine Truppen nennt, verstärkt, verstärken sogleich die anderen die ihrigen, sodaß man dadurch nichts gewinnt, als den gemeinsamen Ruin. Jeder Monarch hält soviel Armeen auf den Beinen, als er haben könnte, wenn die Völker in Gefahr wären, vernichtet zu werden, und diesen Zustand der Kraftanstrengung aller gegen alle nennt man Frieden. . . . Wir sind arm mit den Reichtümern und dem Handel der ganzen Welt, und bald werden wir dadurch, daß wir Soldaten halten, nichts mehr außer Soldaten haben und gleich den Tartaren sein.“

(Montesquieu [1680—1755]: „Esprit des lois“.)

Das Wohl der Völker, der Leibesstärke anvertraut.

„Unter den zahlreichen Uebeln der falschen Herzhaftigkeit und der mit sich selbst zufriedenen hergebrachten Staatskunst, die das Wohl der Völker so lustig der Leibesstärke anvertraut, ist dieses nicht eins der geringsten, daß sie alle Sorgen für ein festes Friedenssystem verachtend ersticket; daß sie jedes kleine Opfer der eigenen Ehrsucht für die Glückseligkeit so vieler Völker zu hoch schätzt; daß daher Europas Weisheit, welche öfters viel Jahre bey Friedenscongressen versammelt gewesen, noch niemals mit dem Ernst, den die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, ein menschungünstiges Augenmerk auf das Allgemeine gerichtet, und

daß so viel prächtige Gesandtschaften noch niemals den Versuch gewagt haben, über kräftige Mittel zu Gründung des so unentbehrlichen und so wenig gesuchten beständigen Friedens, in Unterhandlung zu treten.“

„Ist nicht überhaupt unsere Hoffnung, fremde Länder zu erobern, im höchsten Grade eitel, sobald hundert Fremde ein gleiches Recht behalten, auf unsere Länder gleichfalls Anschläge der Eroberung zu machen?“

(„Ueber die Verminderung der Kriege“, ohne Angabe des Verfassers 1782 erschienen. Nach der „Friedens-Warte“ vom Januar 1933 zitiert.)

Die Armeen bedrohen den Frieden.

„Stehende Heere eolten mit der Zeit ganz aufhören. . . denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenze kennt, zu übertreffen, und indem durch die

Frankreichs Regierung bleibt links.

Nachdem die Sozialisten die Mitarbeit in der Regierung verweigert haben, hat Daladier ein fast ausschließlich aus Radikalsozialisten bestehendes Kabinett gebildet.

Ministerpräsident und Kriegsminister: Daladier,
Justizministerium und stellvertretender Ministerpräsident: Denoncier,
Finanzen: George Bonnet,
Haushalt: Lamoureux,
Innen: Chautemps,
Außen: Paul-Boncour,
Kolonien: Albert Sarraut,
Landwirtschaft: Queuille,
Unterricht: de Monzie,
Kriegsmarine: Leygues,
Handelsmarine: Frot,
Post, Telephon und Telegraph: Laurent Eynac,
Handel: Serre,
Öffentliche Arbeiten: Paganon,
Pensionen: Miellat,
Luftfahrt: Pierre Cot,
Arbeit: François Albert,
Volkswohlfahrt und Erziehung: Daniélou.

Dieses Kabinett bestätigt den linken Kurs der französischen Regierungen seit dem Wahlen vom Mai 1932: Während die Regierung Paul-Boncour als weiter linksstehend betrachtet werden konnte, als die Regierung Herriot, ist das neue Kabinett noch weiter nach links gerückt. Das kommt zum Ausdruck in der Ernennung von Pierre Cot, dem bisherigen Unterstaatssekretär im Außenministerium, zum Minister, in der Ernennung des parteilosen, zwischen Radikalsozialisten und Sozialisten stehenden Frot, vor allem aber in der Einberufung von François Albert in die Regierung. Albert war bisher Vorsitzender der radikalsozialistischen Kammerfraktion und des Auswärtigen Ausschusses der Kammer und kam, wegen seiner linken Einstellung, oft mit Herriot in Konflikt. Seine bisherigen Ämter werden jetzt von Herriot übernommen werden.

Die Sozialisten haben der Regierung ihre Unterstützung zugesagt.

George Bonnet, der neue Finanzminister, hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen und erklärt, das Defizit im Staatshaushalt sei gar nicht so groß, wie sein Vorgänger

darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drücken- der wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursachen von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden.“

(Kant: „Zum ewigen Frieden“, 1795.)

Krone und Zuchthäuslermütze.

„Die Völker lernen begreifen, daß die Vergrößerung einer Missetat sie nicht vermindern kann und daß darum, weil Töten ein Verbrechen, der Massenmord kein mildernder Umstand sein kann; daß, wenn Stehlen eine Schmach ist, Er-obern darum noch kein Ruhm sein kann, daß die Te Deums daran nichts großes ändern, daß ein Mörder ein Mörder ist, daß vergossenes Blut vergossenes Blut ist, daß es zu nichts gut ist, sich Caesar oder Napoleon zu nennen und daß man in den Augen des ewigen Gottes das Gesicht des Mörders nicht ändert, weil man ihm anstatt einer Zuchthäuslermütze eine Krone auf den Kopf setzt.“

(Victor Hugo: „Ueber Voltaire“, 1878.)

Das Interesse am Krieg und das Wettrüsten.

„In einem gebildeten Volke kann das Interesse am Krieg nur noch künstlich wachgehalten werden durch die Fabrikanten und Kaufleute, deren Erwerb leiden würde, wenn sich der Handel mit Kriegsgeräten nicht mehr bezahlt machte, sowie durch die Zeitungsschreiber, die fürchten müßten, daß ihnen mit dem Kriege ihr bester Sensationsstoff entzogen würde. Von diesen sich tyrannisieren zu lassen, ist aber eines gebildeten Volkes unwürdig. . . .

Es verdient aber hier noch bemerkt zu werden, daß die neuere, viel gepriesene Methode der Verhinderung des Krieges, nämlich das Wettrüsten, in Wahrheit nur eine veränderte Form des Krieges ist, wobei der Vorteil des geringeren Maßes an Menschenopfern durch den Nachteil einer Permanenz des Kriegszustandes und durch das Opfer einer immer wachsenden wirtschaftlichen Belastung der Völker erkauft wird. Die Beendigung dieses Kriegszustandes ist daher zugleich eine Bedingung der Lösbarkeit der inneren Aufgaben des Staates. Denn wenn alle Mittel bis zur äußersten Erschöpfung aufgeboden werden müssen, um im Wettrüsten nicht ins Hintertreffen zu geraten, so wird mehr und mehr die Möglichkeit beschränkt, den wachsenden sozialen und kulturpolitischen Anforderungen im Staate zu genügen, und es wird also eine rechtliche Verwaltung des Staates dadurch auch im Inneren unmöglich gemacht. Schon allein hieraus folgt, daß es eine rechtlich notwendige Aufgabe des Staates ist, den Kriegszustand zu beendigen, d. h. soviel an ihm ist, auf die Errichtung des Staatenbundes hinzuwirken.“

(Leonard Nelson: „Vom Staatenbund“, 1914.)

stets behauptet habe. Er beabsichtigt, einen erheblichen Teil des Defizits durch Auflegung einer Anleihe zu decken. Im übrigen beabsichtigt die Regierung, ihre Finanzpolitik auf der Grundlage des vom Finanzausschuß der Kammer ausgearbeiteten Planes — der bekanntlich die meisten Punkte des sozialistischen Finanzprogramms enthält — aufzubauen.

Die Außenpolitik

der Regierung wird wahrscheinlich von der Neubildung des Kabinetts nicht betroffen werden, da Paul-Boncour weiter Außenminister bleibt.

Wenn wir uns auch selbstverständlich darüber im klaren sind, daß weder Paul-Boncour noch andere Mitglieder des Kabinetts internationale Sozialisten sind, wir also weder in der französischen Innen- noch in der Außenpolitik sozialistische Maßnahmen zu erwarten haben, so dürfen wir doch nicht übersehen, welche Bedeutung es für die Interessen der Arbeiterschaft hat, daß die

französische Regierung sich in einer Zeit immer weiter nach links

orientiert, in der in Deutschland Brüning von Papen und Papen von Schleicher und schließlich Schleicher von Hitler abgelöst worden ist.

Den Deutschen, die sich angeblich von französischen Hege-moniebestrebungen und der französischen Wehrmacht bedroht fühlen, kann man entgegenen, daß jene Bestrebungen zwar mehr oder weniger noch weiter verfolgt werden und die französische Wehrmacht zwar in der Tat sehr mächtig ist,

daß die Bedrohung des Friedens im Augenblick aber weit mehr von den Ländern ausgeht, in denen offiziell und von der Regierung aus, mit Hilfe von Presse, Rundfunk und ähnlichen Einrichtungen, für den Krieg Propaganda gemacht wird.

Um derartige Länder zu finden, braucht man von Deutschland aus nicht nach Frankreich zu sehen!

Das zweite Zwölftel.

Die Kammer verabschiedete am Dienstag das zweite vorläufige Budgetzwölftel.

Deutsche Klage gegen Polen bei dem Internationalen Gerichtshof.

Die Verhandlungen des Völkerbundsrats über die Beschwerde der deutschen Minderheiten wegen der Enteignung deutscher Großgrundbesitzer in Polen sind abgebrochen worden. Der zur Untersuchung des Falles eingesetzte Dreier-Ausschuß erkannte den Standpunkt der Minderheiten nicht an, und auch die polnische Regierung hielt an ihrer ablehnenden Stellung fest. Der Vertreter Deutschlands erklärte daraufhin, die Reichsregierung würde im Haag Klage gegen Polen erheben.

Um den Hirtenberger Waffenschmuggel.

In der Angelegenheit des Waffenschmuggels von Italien über Oesterreich nach Ungarn haben die Vertreter einiger Großmächte sich jetzt mit der italienischen Regierung in Verbindung gesetzt, um Aufklärung über den Fall zu erhalten. Der britische Botschafter in Rom berichtet über seine Unterhaltung mit einem italienischen Unterstaatssekretär, daß es sich bei der Waffenlieferung um altes, aus dem Kriege stammendes Waffenmaterial handele, daß von einem Privathändler zur Reparatur nach Oesterreich ge-

sandt worden sei. Der französische Botschafter hat die gleiche Auskunft erhalten.

Warum dieses reparaturbedürftige Material von Oesterreich aus nach Ungarn und nicht wieder nach Italien geschickt worden ist, geht aus der italienischen Erklärung nicht hervor. Die Großmächte haben aber anscheinend wenig Interesse daran, wegen dieser Angelegenheit einen großen Konflikt heraufzubeschwören und haben sich anscheinend überhaupt nur auf Betreiben der Kleinen Entente mit dem Hirtenberger Fall befaßt.

Zunehmende Unterdrückung der Feinde des Belgrader Regimes.

Nachdem erst vor wenigen Tagen der Führer der Slowenischen Volkspartei Jugoslawiens, Dr. Korosetsch, verhaftet und verbannt worden ist, wurde am Dienstag mit dem Führer der Kroatischen Bauernpartei, Wladimir Mitschek, nach gleicher Methode verfahren. Bekanntlich haben die Slowenen und Kroaten kürzlich sehr bestimmte Forderungen für die Durchführung der Autonomie an die Regierung gestellt, und das ist wahrscheinlich der Grund für die Verhaftung der Führer der Unabhängigkeitsbewegung.

Die Kulturreaktion marschiert.

Das thüringische Volksbildungsministerium hat die von Gustav Wyncken geleitete Freie Schulgemeinde Wickersdorf „aus zwingenden Gründen“ aufgehoben. Welche „Gründe“ den Minister dazu „zwingen“, ist bisher nicht bekannt gegeben worden. Die Schule darf künftig nur noch als Landerziehungsheim fortgeführt werden und untersteht in der pädagogischen Leitung den gleichen Bestimmungen wie die übrigen thüringischen Landerziehungsheime.

Aus dem braunen Kindergarten.

Die nationalsozialistischen Studenten der Berliner Universität machten wieder einmal Ruf Ehre, indem sie im Anschluß an eine Protestkundgebung zu Gunsten eines disziplinarisch bestraften Nazi-Studenten in der Wandelhalle der Universität das Anschlagbrett linksgerichteter Studenten herunterrissen und zertrampelten. Dann zogen die Helden zur Börse und wetteten gegen die Juden.

In der Gemeinde Bösingfeld (in Lippe) drangen Montag nachmittag einige Nationalsozialisten in das Rathaus ein. Da von den beiden in Bösingfeld liegenden Gendarmeriebeamten einer auswärts und der andere den Eindringenden gegenüber machtlos war, wurde auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne gehißt und die im Rathaus befindliche schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Rathausplatz verbrannt. Das zuständige Landratsamt hat eine Untersuchung der Vorgänge eingeleitet. — Schade um die Zeit und das Aktenpapier!

Durch wüsten Terror zwangen die Elbinger Nazis die dortige Theaterleitung, die Reichswehr-Komödie von Alfred Herzog (Elbing) „Krach um Leutnant Blumenthal“ vom Spielplan abzusetzen, weil darin angeblich die Ehre der Reichswehr „in den Schmutz gezogen“ wurde! — Wir kennen das Stück nicht. Daß die Nazis dagegen toben, könnte für das Stück sprechen!

Einheitsfront am Grabe der Dresdener Opfer.

Am Dienstag nachmittag fand auf dem Tolkewitzer Friedhof die Beerdigung von sieben Opfern der Schießerei im Dresdener Keglerheim statt. Der Trauerzug umfaßte etwa 25 000 Teilnehmer, vorwiegend Kommunisten, darunter Abordnungen der SPD, SAJ, SAP, der Roten Hilfe, der Proletarischen Freidenker. Aus verschiedenen Städten der Umgegend waren Abordnungen anwesend, z. B. aus Chemnitz, Radeberg, Freital. Auch zahlreiche Betriebe waren durch Delegationen vertreten. Die Dresdener Volkshäuser hatten halbmast geflaggt. Der Vorbeimarsch auf dem Friedhof dauerte 2 1/2 Stunden. An den Gräbern hatten der Antifaschistische Kampfbund und das „Reichsbanner“ Aufstellung genommen.

Die Kundgebung ist trotz eines großen Polizeiaufgebots ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Kosten der Beisetzung trägt die Stadt Dresden.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Thema: Terror — Inflation — Krieg! Was tun? Redner: Hellmut Rauschenplat und Gustav Heckmann. Aussprache. Eintritt 20 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

Hamburg: Donnerstag, 2. Februar, 20,15 Uhr, im Volksheim Hammerbrook, kl. Saal. Thema: „Rechtsnot über Deutschland“. Redner: Dr. Erich Lewinski (Kassel).

„Warum ich kein Christ bin.“

Bg. Unter diesem Titel ist im Verlag „Kreis der Freunde des monistischen Schrifttums“ (Dresden) soeben eine kleine Schrift des berühmten englischen Philosophen Bertrand Russell erschienen (Preis 30 Pfennige). Bertrand Russell hat sich nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als fortschrittlich eingestellter Mensch einen Namen gemacht. Während des Krieges bekannte er sich zu den Kriegsdienstverweigerern; er wurde dafür mit Gefängnis und dem Verlust seiner akademischen Ämter bestraft.

Seine neue Schrift ist, wie auch die früheren, klar, einfach und humorvoll geschrieben; dabei vernachlässigt der Verfasser aber keineswegs das Bestreben, auf den Kern der Sache zu kommen. — Zunächst finden wir eine Auseinandersetzung mit den Beweisen für das Dasein Gottes. Die Theologen behaupten beispielsweise, in der Welt sei alles so zweckmäßig eingerichtet, daß man gezwungen sei, einen Schöpfer anzunehmen. „So argumentiert man z. B., Hasen hätten weiße Schwänze, damit sie leichter geschossen werden könnten. Ich weiß nicht, was die Hasen zu dieser Anwendung sagen würden . . . Das Erstaunlichste . . . ist, daß die Menschen glauben können, diese Welt mit allem, was auf ihr lebt, mit allen ihren Mängeln, wäre das Beste, was Allmacht und Allwissenheit in Millionen von Jahren zu schaffen imstande waren. Ich kann das wirklich nicht glauben. Wenn Ihr mit Allmacht und Allwissenheit ausgestattet wäret und Millionen von Jahren Zeit hättet, Eure Welt zu vollenden, glaubt Ihr, daß Ihr dann nichts Besseres zustandebringen würdet als den Ku-Klux-Klan, die Faschisten und Herrn Winston Churchill?“

Christus kann nach Russells Ausführungen gar nicht so bedeutend gewesen sein, wie die Kirche meint. „Es gibt . . . einen sehr schweren moralischen Defekt im Charakter Christi, und das ist, daß er an die Hölle glaubte. Kein Mensch, der wirklich im tiefsten menschlich ist, kann an ewig währende Strafe glauben. Christus . . . spricht weiter über das Heulen und Zähneklappern. Es wiederholt sich in einem Vers nach dem andern, und der Leser erkennt, daß da offenbar ein gewisses Vergnügen an der Ausmalung des Heulens und Zähneklapperns vorliegt.“

Merkwürdig ist auch die Geschichte mit dem Feigenbaum. Jesus hungerte, da sah er einen Feigenbaum. Aber als er hinzukam, fand er, wie es in der Bibel heißt, „nichts denn nur Blätter, denn es war noch nicht Zeit, daß Feigen sein sollten. Und Jesus antwortete und sprach zu ihm: Nun esse von dir niemand keine Frucht ewiglich.“ Russell bezeichnet dies mit Recht als eine sehr sonderbare Geschichte.

„denn es war nicht die rechte Jahreszeit für Feigen und so durfte man den Baum wirklich nicht schelten. Ich finde, daß Christus weder in der Weisheit noch in der Tugend ganz so hoch steht wie manche anderen Gestalten der Geschichte. Ich würde in dieser Hinsicht Buddha und Sokrates über ihn stellen.“

Wir können Russell auch zustimmen, wenn er sagt, „daß jedes kleine Stückchen Fortschritt im menschlichen Fühlen, jede Verbesserung des Strafgesetzes, jeder Schritt zur Eindämmung der Kriege, jeder Schritt zu einer besseren Behandlung der farbigen Rassen, jede Milderung der Sklaverei, jeder Fortschritt der Moral ständig bekämpft wurde durch die organisierten Kirchen der Welt“. „Ich sage mit voller Ueberzeugung“, fährt er fort, „die christliche Religion, wie sie in ihren Kirchen verkörpert wird, war und ist noch heute der Hauptfeind des moralischen Fortschritts der Welt.“

Und nun gar die Christen selber! Christus sagt: Widersteht nicht dem Uebel, sondern so dir jemand einen Streich gibt auf deinen rechten Backen, dem biete den anderen auch dar. Russell zweifelt „nicht daran, daß der gegenwärtige englische Premierminister ein aufrichtig überzeugter Christ ist“, aber er „würde niemandem raten, hinzugehen und ihn auf die eine Backe zu schlagen“.

Christus sagte auch: Richtet nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet. Russell: „Man wird finden, daß dieser Grundsatz bei den Gerichtshöfen christlicher Länder nicht gebräuchlich ist.“

Zum Schluß mahnt Russell uns zur Selbstbesinnung, wir sollten aus eigener Kraft dafür wirken, daß die Erde „aufhört, das zu sein, was die Kirche in Jahrhunderten aus ihr gemacht hat . . . Wir müssen aus dieser Welt das Beste machen, was wir nur erreichen können, und wenn es nicht so gut sein sollte, wie wir wünschen, wird es doch immer noch besser sein als das, was jene anderen in Jahrhunderten daraus gemacht haben.“

Ich stimme Russell keineswegs in allen Punkten zu, aber sein Buch ist hervorragend geeignet, alte Dogmen zu brechen. Vom Christentum bleibt nicht viel mehr als sein sogenannter guter Kern; den wollen wir gern anerkennen, aber andere Lehren haben diesen Kern genau so gut. — Natürlich darf man nicht dabei stehen bleiben, die Dogmen durch solche aufklärenden Schriften zu erschüttern. Es bleibt notwendig, daß jeder sich durch sorgfältiges und gründliches Nachdenken eine bessere Weltanschauung als die umgestürzte verschafft. Hier zu helfen, ist eine wichtige Aufgabe der proletarischen Kulturorganisationen.

Arbeitsfriede in Dänemark.

Im dänischen Landsting wurde am Dienstag mit 34 gegen 12 Stimmen das Gesetz angenommen, das alle Tarifverträge automatisch bis zum Februar 1934 verlängert. Die von den Unternehmern geplante Aussperrung fast aller dänischen Arbeiter ist dadurch ungesetzlich geworden.

Vor dem Folkething kam es Montag abend zu größeren Unruhen. Viele Tausende von Arbeitslosen und Kommunisten hatten sich zusammengedrängt. Die Polizei ging, erstmalig in der dänischen Geschichte, mit Tränengasbomben gegen die Menge vor. Die Polizeibeamten schienen mit der Handhabung dieser Bomben noch nicht genügend vertraut zu sein, denn es kam hierbei zu einem regelrechten „Ballspiel“ zwischen den Polizisten und Demonstranten, wobei diese die meisten Tränengasbomben aufingen und den Polizisten wieder an die Köpfe zurückwarfen.

Gürtner bleibt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen Reichsjustizminister Gürtner in seinem Amte bestätigt.

Preußischer Landtag soll aufgelöst werden.

Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag auf Auflösung des Preußischen Landtages eingebracht. Der Präsident des Landtages, Kerrl, hat daraufhin den Landtag zum Sonnabend, dem 4. Februar, zur Beratung dieses Antrages einberufen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist auf Antrag der Nationalsozialisten gegen die Stimmen von KP und SP vertagt worden bis nach dem Zusammentritt des Reichstages.

Die Sowjet-Regierung hat gegen die Behandlung eines russischen Dampfers in Port Said (nördliche Einfahrt in den Suez-Kanal) protestiert. Polizei — wohl englische — hatte den Dampfer nach russischer Literatur durchsucht. Bilder russischer Politiker wie Stalins und Woroschilows seien auf dem Dampfer beschlagnahmt worden.

Ein ekelhaftes Subjekt

ist der angebliche Kaufmann Leo Kliche, der in der Maske eines Stellenvermittlers zahlreiche Stellungsuchende um ihr letztes Geld betrogen hat. Er wurde jetzt verhaftet und dem Berliner Vernehmungsrichter vorgeführt.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppehauer Verlag AB. Berlin.

Sie lachen sehr keck, denn sie wissen: es kann ihnen nichts geschehen von diesen Frontsoldaten, die heute da sind, keinen unbewachten Schritt tun dürfen, wie Klosterbrüder, und morgen wieder verschwinden. — Wie weiß ihre Zähne sind, sie haben die Gesichtshaut von Baronessen, herrlich ist ihr Haarknoten, die Brüste bewegen sich unter dem blauen Kattun der Arbeitskleider, die prächtigsten Brüste dieser Erde.

Eine brünstige Welle von Verlangen schlägt hinüber zu den jungen Tieren. Wenn die Soldaten vorne sind, zoten sie nie, hier macht Erregung sich in Derbheiten Luft. Sie rufen den Lippen und Schößen Dinge zu, die drüben gut verstanden werden — ohne daß ein Wort verstanden würde. Jene kichern, sie schütten sich auch in willenslosem Lachen, halb hingegeben, einige sogar werden rot. Ein paar Schamlose aber machen mit ihren beredten Fingerehen nicht mißzerverstehende Kunststücke.

Wenn es das gäbe, Frauen zu umarmen durch die pure Intensität des Verlangens — hier würde alle geschwängert werden.

Das geht eine Woche so, dann sind die jungen Weiber mit eins vergessen, denn ungeheurer drängt sich in den Vordergrund das alte, das ewige Gespenst.

Der Abmarsch ist da, der finstere, trostlose Gang nach vorn, durch einen kalten Oktoberregen, lichtslos, stumm, über schlammige Landstraßen in den noch viel ärgeren Lehm der Gräben.

Begleitet von dem Gedanken, immer von neuem verbissen in ihm: wie lange noch?

Die Krankenträger landen wieder auf ihrem Verbandsplatz, beneidet von all denen, die noch näher heranrücken an Mord und Totschlag.

11

Die Erholung hält nicht lange vor. Es geht erst recht bergab; nach ein paar Wochen erkennt der Arzt den reduzierten Zustand Funk's.

Die Entzündung des Handballens ist zurückgegangen, aber etwas Fiebriges ist in ihm. Er weiß nicht, ob sein Blut durch den giftigen Biß gelitten hat, oder ob anderes Unheil in ihm steckt. Der Hals sticht, die Brust brennt, er wirft Schleim aus.

Eines Nachts, nach einer Schleppe durch Wind und Eisnässe sagt Assistentarzt Model zu dem von Schweiß mehr noch als von Regen Uebergossenen: „Sie melden sich morgen bei mir.“

Dann wird der Angeschossene versorgt, den hereinzuholen Funk mitbemüht gewesen ist. Er hat eine Bauchverletzung, die Därme sind durchbohrt. Er blutet nicht, das heißt er blutet wohl nach innen. Sein Gesicht ist weiß unter dem Grau des Schmutzes; es ist, als sei alles Blut des ganzen Körpers in die Bauchhöhle zusammengelaufen. Auf der sterbenden Stirn stehen ölige Tropfen.

Was tut man für ihn? Man kann nichts tun. Er hat ein Verbandspäckchen über dem Einschuß; das bißchen Wundversorgung hat er gleich draußen erhalten. Ihn jetzt in ruhiger Lage zu belassen, ist das Beste. Am wichtigsten wäre, die Sanitätskompanie schicken sehr schnell ihren Wagen. Aber wann wird er kommen? Bestellt ist er telephonisch, wann kann er da sein? Erfahrung hat gezeigt, daß Darmverwundete verloren sind, wenn sie nicht binnen zwei Stunden operiert werden. Jener ist verloren.

Er bekommt die üblichen Spritzen: Serum gegen den Starrkrampf und Morphium gegen Schmerzen.

Aber er liegt apathisch, er hat gar keine Schmerzen. Bis er mit einem Male sich hochwirft in einem tierischen Schrei, sich zur Seite wirft und zu würgen anfängt: was er erbricht, ist nur polternde Luft.

„Eiwei —“ sagt leise der Arzt und wendet sich mit einer resignierten Geste zur Seite. —

Am nächsten Morgen untersucht er Funk. Er prüft ihn gewissenhaft; er behorcht und beklopft ihn. Er heißt ihn sich wieder anziehen und schweigt. Er macht ein finsternes Gesicht.

das fast unglücklich wird, während er sich niedersetzt, um ein paar Zeilen zu schreiben. Er versieht das Geschriebene mit einem Umschlag und sagt freundlicher: „Sie haben ein bißchen Brustkatarrh, nicht der Rede wert. Wenn Sie ins Revier gehen wollen —? Aber ich kann Ihnen schließlich auch hier Schonung verordnen. Ihr Herz ist nicht ganz in Ordnung, aber das ist gar nicht schlimm. Ich halte Sie nur nicht recht geeignet für den Trägerdienst. Vielleicht findet sich ein anderer Posten für Sie. Mit diesem Brief gehen Sie in die Ortsunterkunft Fournes und melden sich beim Herrn Bataillonsarzt.“

Funk macht sich auf den Weg. Der Morgen ist neblig. Es hat in der Nacht leicht gefroren und ist noch so kalt, daß über den Pfützen dünne Eisscheiben liegen. Sie zerknacken gläsern, wenn der Stiefel sie durchbricht. Es ist das einzige dünnscheppernde Geräusch in der Weite der milchigen Ebene, denn geschossen wird nicht. Um so angespannter, um so aufreibender wird wohl gelauscht und gewittert . . . Können nicht jeden Augenblick Ueberfall und Mordwillen auftauchen aus dem dicken Dunst?

Funk verläuft sich. Er ist in Sorge, bei dieser ohnehin beschämenden Angelegenheit verspätet einzutreffen. Er braucht zwei Stunden über die Zeit, langt gegen Mittag an und muß erst noch die Behausung von Oberarzt Lipp erfragen.

Dr. Lipp ist nicht in seinem Zimmer, aber er wird drüben im Revier erwartet; ihm als Arzt des zweiten Bataillons ist Sergeant Malz die rechte Hand.

Zu ihm hinunter in den Keller begibt sich Funk. Malz trägt mit fliegender Feder Namen von Patienten und Krankheitsbefunde in ein äußerst dreckiges Buch ein. Er hat es seit Tagen unterlassen; jetzt holt er das Versäumte aus der Phantasie nach. Bei der Aufzeichnung der Temperatur zögert er nicht einen Augenblick; die Zahlen zwischen siebenunddreißig und vierzig mit weiteren Staffellungen lassen genug Abwechslung zu.

„Krankenträger Funk“, meldet sich Funk, immer noch garnisonmäßig diszipliniert.

„Was wollen S' denn?“ fragt Malz gestört und unwillig, aber ohne einen Augenblick sein flottes Geschreibsel zu unterbrechen (Fortsetzung folgt.)

